

Erstveröffentlichung

¹ Blumenberg, Hans: *Die Vollzähligkeit der Sterne*. 2. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1997.

Die folgenden Überlegungen verlangen zwei Vorbemerkungen. Zum einen sehen sie sich absolut nicht befugt, über die deutschen Verhältnisse insgesamt zu sprechen. Sie beanspruchen nicht, repräsentativ zu sein. Auch sind sie vermutlich nicht auf die deutsche Situation beschränkt – wiewohl die aktuelle Lage vielleicht doch als »schrecklich deutsch« bezeichnet zu werden verdient.

Zum anderen sei vorneweg eine Anekdote erzählt bzw. nacherzählt, die vielleicht nicht nur, mindestens aber den Titel meines Positionspapiers erklärt. Die Anekdote stammt aus dem letzten Buch des letzten Philosophen, Hans Blumenbergs *Die Vollzähligkeit der Sterne*.¹ Blumenberg erinnert da an die Zeit Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre. Der Sputnik-Schock, so berichtet er, habe an seiner einstigen Alma Mater einen rührigen Wissenschaftsadministrator zu Rundschreiben veranlasst, die dazu aufforderten, den Forschungsrückstand mit allen Mitteln aufzuholen, und das hieß damals schon: so viele Drittmittel einzuwerben wie möglich. Alle die Fächer, die mit teurem wissenschaftlichem Gerät ihren Aufwand treiben, hatten mit entsprechenden Anträgen keine Probleme. Aber was sollte, in Blumenbergs Fall, ein Philosoph hier fordern und bieten? Blumenbergs Einfall war die Entwicklung eines Projekts, das er auf den Namen »Astronoetik« taufte, und das die »Erforschung der Rückseite des Mondes durch reines Denken« zum Ziel hatte. So viel Ironie können sich natürlich nur die Exzellentesten der Exzellenzen leisten. Aber das zu Grunde liegende Ethos einer zweckfreien, einfach nur klüger machenden Intellektualität scheint mir, weil es nicht mehr an der Tagesordnung ist (und vielleicht auch nie war), um so mehr auf die Tagesordnung zu gehören. Oder jedenfalls scheint es mir ein guter Anhaltspunkt für die Frage nach den »Garantien«, die das System der Wissenschaft gibt und verlangt.

These

Der festzustellende Strukturwandel kulturwissenschaftlicher Forschung hat eine innere und eine äußere Seite. An sich – das ist das erste und vielleicht wichtigste Moment der Innenseite – stecken die Kulturwissenschaften hinsichtlich ihrer Produktivität in keiner Krise. Aber die Lage ist kritisch. Der momentane Wandel der Außenseite ist in vielem sogar verderblich. Die derzeitige Wissenschaftspolitik arbeitet nach Kräften am Ruin von Politik wie Wissenschaft. Dieses ruinöse Moment resultiert aus einer falschen Zuordnung von inneren Strukturmerkmalen und äußeren Strukturvorgaben, einer falschen Verselbständigung dieser gegenüber jenen (bei gleichzeitig unzureichenden äußeren Maßnahmen).

Zur Innenansicht

Kulturwissenschaftliche Forschung, wie immer man sie sonst bestimmen mag, ist definiert durch – im Vergleich zu den überkommenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen – transdisziplinäre Fragestellungen und/oder Gegenstände. Derzeit aktive Arbeitsfelder sind etwa Literatur- und Wissenschaftsgeschichte, Medienkulturwissenschaft, Bildwissenschaft oder die Untersuchung der *material cultures* in mancherlei anderen Bereichen. Keine dieser hier nur exemplarisch genannten Forschungsrichtungen wäre geeignet (und keine ist ambitioniert), den Status einer für sich stehenden Disziplin anzunehmen. Stattdessen kennzeichnet sie

- ein gegenüber der disziplinären *normal science* erweiterter und mit den Erkenntnisinteressen wechselnder Gegenstandsbereich,
- eine oftmals damit einhergehende stärkere Einbindung in internationale Forschungskontexte,
- ein gleichsam experimentelles Verhältnis zu den etablierten theoretischen und methodischen Vorgaben (*no guarantees* im Hinblick auf ihren Ertrag)

sowie eben die Einbeziehung verschiedener Wissensfelder, für die ansonsten ebenso verschiedene Disziplinen zuständig zeichnen.

Zu den Voraussetzungen erfolgreicher kulturwissenschaftlicher Forschung zählt deshalb die Möglichkeit, kooperative Forschungsvorhaben durchzuführen.

Mindestens ebenso wichtiges Erfordernis ist aber die Freiheit zu »in sich«, d.h. individuell transdisziplinärem Arbeiten (Interdisziplinarität »von unten«). Zum Beispiel: Wer zur History of Computing forscht, ob als Technikhistoriker, Medienwissenschaftler, Philologe oder Informatiker, muss selbst die dazugehörige (Geschichte der) Mathematik betreiben können und dürfen; der mathematische Anteil eines entsprechenden Forschungsinteresses ist nicht an einen kooperierenden Mathematiker delegierbar (denn es geht dabei gerade nicht um einen mathematischen Beitrag).

Zur Außenansicht

Mit der Begründung, dass die Bearbeitung innovativer Themen unter universitären Bedingungen – Übermacht der disziplinären Curricula in der Lehre, Verkrustung dominant disziplinärer Institutsstrukturen – nur schwer oder gar nicht möglich sei, hat die skizzierte innerwissenschaftliche Entwicklung in der jüngeren Zeit verstärkt zur Forderung und partiell tatsächlich erfolgenden Gründung außeruniversitärer kulturwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen geführt. Deren Existenz blieb jedoch – und damit: ist – dauerhaft umstritten; der Nachdrücklichkeit ihrer Befürwortung korrespondiert die litaneiartige Wiederholung, die Geistes- und Kulturwissenschaften seien Universitätswissenschaften. Festzustellen ist jedenfalls, dass es inzwischen auch auf kulturwissenschaftlichem Gebiet vielfältige außeruniversitäre Forschungsaktivitäten gibt, einhergehend mit einer erstaunlich rapiden Rückwirkung der hier entwickelten Fragestellungen in die universitäre Forschung und Lehre, für die eine analoge Vielzahl an Förderinstrumenten (Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen, Nachwuchsgruppen, Graduiertenschulen etc.) entwickelt bzw. erweitert wurde. Der durch diese Förderinstrumente in Gang gesetzte Umbau der universitären Forschungsstrukturen lässt in paradoyer Weise die Universitäten selbst zum besten – empirischen – Gegenbeweis gegen die Behauptung werden, sie seien die primäre Heimstatt der Geistes- und Kulturwissenschaften.

Neben der thematischen (also innerwissenschaftlich bedingten) Angleichung zwischen inner- und außeruniversitärer Forschung ist nämlich der markanteste äußere Aspekt die durch die Förderinstanzen erzwungene Projektförmigkeit wissenschaftlicher Vorhaben (aber sogar in der Lehre werden zunehmend Pilotprojekte gefordert und dementsprechend unterstützt). Es sei dahingestellt, inwieweit dies den Universitätsbetrieb in besonderem Maße trifft, die strukturellen Effekte sind auf beiden Sektoren dieselben. Etikettiert als Maßnahmen zur

- positiven Sanktionierung wissenschaftlicher Exzellenz,
- Stärkung der Handlungsfähigkeit und
- Steigerung von Flexibilität und Innovativität,

hat sich die Forschungsfinanzierung zusehends auf die Vergabe von projektgebundenen Sonder- und Drittmitteln verlagert mit der Folge

- einer auf Dauer gestellten Unterfinanzierung des regulären Betriebs (zu geringe organisatorische und wissenschaftliche Grundausstattung außeruniversitärer Institute; an den Universitäten überproportionale Belastung durch Lehr- und Verwaltungsaufgaben gegenüber den Forschungsmöglichkeiten: Es ist bezeichnend genug, dass das Votum für eine mehr oder weniger rein universitäre Institutionalisierung der Geisteswissenschaften nirgendwo mehr ohne die gleichzeitige Forderung nach Möglichkeiten der Freistellung der Hochschulbediensteten zu finden ist),
- eines Überhandnehmens von »bewerteter« gegenüber »erbrachter« Wissenschaft

sowie – in gänzlichem Widerspruch zu den ausgewiesenen Zielen –

- der Durchsetzung planwirtschaftlicher Arbeitsbedingungen (Turnus der Entwicklungs- und Laufzeiten von Projekten, Laufzeiten von Förderprogrammen etc.) einhergehend mit einer eklatanten Re-Hierarchisierung durch Bürokratisierung.

2 Cf. den von Luhmann entworfenen zweistufigen Kreativitätstest:
»Auf der ersten Stufe ist eine ganz einfache Verhaltensregel zu befolgen: Man nehme sein Gewissen und gehe in das Nachbarzimmer.
Wenn man feststellt, daß der Nachbar Bücher liest, die man selbst noch nicht gelesen hat, und wenn man dann ein schlechtes Gewissen verspürt, ist man nicht kreativ.
Man will ihn nachahmen. Wenn man dagegen feststellt, daß der Nachbar die gleichen Bücher liest wie man selbst und man dann ein schlechtes Gewissen verspürt, ist man vermutlich kreativ. Dann kann man, vielleicht unbewußt, neue Wege.

Kreativität wird hier also über die Steuerung von Schuldgefühlen getestet. Allerdings ist dies nur die erste Stufe des Tests. Auf der zweiten Stufe gilt dagegen die Regel: Wer den Kreativitätstest anwendet, ist schon deshalb nicht kreativ; denn das zeigt, daß er interessiert daran ist, kreativ zu sein. Und das wollen ja schließlich alle.« Luhmann, Niklas: Über Kreativität. In: Gumbrecht, Hans-Ulrich: Kreativität – Ein verbrauchter Begriff? München: Fink 1988, p. 19.

Zur Fundierung einer leistungsfähigen kulturwissenschaftlichen Forschungslandschaft erweitern sich die in den letzten Jahren vollzogenen Reformen damit als im selben Maß unzureichend (stattdessen finden sich die wissenschaftlichen Einrichtungen aller Art mehr der Aufgabe des Selbsterhalts ausgeliefert, als dass sie ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen könnten), wie sie im Hinblick auf ihre vermeintliche Anpassung der Außen- an die Innenseite (Projektfinanzierung = Flexibilitätsförderung gemäß der kulturwissenschaftlichen Flexibilisierung der Fragestellungen etc.) schlicht fehlgehen.

Fetisch Innovation

Statt nun aber sogleich auf weitere Reformvorschläge, d.h. Vorschläge zur Reform der Reform zu verfallen, ist es eher geboten, innezuhalten und über die behaupteten wie die tatsächlichen Ziele der Wissenschaft und ihrer Institutionalisierung nachzudenken. Insbesondere der Begriff der Innovation verdient hier besondere Beachtung.

Als innovativ feierte sich bspw. in der März-Ausgabe 2006 des *Harvard Business Review* die Firma *Procter&Gamble*, weil es ihr gelang, »Pringles Prints«, i.e. mit Sprüchen und Bildchen bedruckte Kartoffelchips auf den Markt zu bringen. Sie übernahm Idee und Technik von einem Professor in Bologna, der dort selbst zugleich eine Bäckerei sein eigen nennt. Dies illustriert den vonseiten der Finanzpolitik erträumten Innovationsbegriff.

Innovativ aus wissenschaftlicher Perspektive sind neue Themen setzende, neue Fragen aufwerfende, neue Gegenstände in den Blick rückende Impulse. Die oben erwähnten Arbeitsrichtungen (*Literature & Science*, Bildwissenschaft...) sind in diesem Sinne schon nicht mehr innovativ. Aber Innovation ist auch nicht die primäre Aufgabe von Wissenschaft. Ihre Aufgabe ist es, Wahrheit zu finden. Dabei kann die Wahrheit selbst als historische, mithin wandelbare Größe angesehen werden. Auch unterliegen, wenn es gut läuft, die Wege der Wahrheitsfindung einer Dynamik gelegentlich revolutionärer Umbrüche, in der Regel eher kleinteiliger Modifikationen. Innovativität ist daher sehr wohl ein Element der Wissenschaft. Doch ist sie dies als ihr inhärentes Moment, nicht als vorgegebenes (oder gar vorgebares) Ziel. Für die Wissenschaft essenzielles Movens ist im Gegenteil (und daraus resultiert u.a. das bekannte Problem, dass ein Überhandnehmen des Begutachtungs- und Evaluationswesens eher das Bewährte als das Originelle stützt), neuen Perspektiven dadurch zum Erfolg zu verhelfen, sie zu bewahrheiten, dass sie sie einholt, d.h. streng genommen als Innovationen annihielt. Das Ethos, neue Fragen zu generieren, Unbekanntes zu entdecken, neue Wege zu beschreiten, ist ein aus der Forschung nicht wegzudenkender Impuls. Aber, jedes Mal und immer alles anders machen zu wollen, führt, kurz gesagt, auch zu nichts. »Sei innovativ!« ist kein genuin wissenschaftlicher Imperativ – und übrigens erkennbar nah am Unsinn der Aufforderung »Sei spontan!«.²

Freiheit und Risiko

(oder: Wenn dennoch Innovation gefragt ist, dann bitte richtig...)

Wenn aber wissenschaftliche Erkenntnis als solche – Wahrheit, in ihrer ganzen Historizität – das Ziel ist, welcher Art von Institutionalisierung, verbunden mit welchem Risiko, bedarf es?

Das Risiko liegt stets auf beiden Seiten: bei der Institution wie bei den durch sie verpflichteten WissenschaftlerInnen. Die über Erfolg oder Misserfolg entscheidende Frage ist, ob es auf beiden Seiten als gemeinsames Risiko begriffen wird, oder ob das Risiko der einen Seite durch den Versuch der Risikominimierung zum Gegenspieler der anderen Seite gerät (ob also, umgekehrt und im modischen ökonomischen Jargon gesprochen, eine Win-Win-Situation hergestellt wird oder ein Verhältnis der Ausbeutung). Das gemeinsame Risiko hat einen altbekannten Namen. Er lautet: Freiheit der Forschung (im nicht bloß ideologischen bzw. ideologiekritischen Sinn, sondern im Sinne des Freiraums, der Wissenschaft nachzugehen). Und dieses höchste Gut der Freiheit wäre der einzige Grund, der Universität, wie sie einmal war, den Vorzug vor außeruniversitären, in aller Regel einem konkreteren Erwartungsdruck ausgesetzten Institutionalisierungsformen der Wissenschaft den Vorzug zu geben (im wissenschaftlichen Tun selbst liegende Gründe, wie angedeutet, gibt es nicht).

Der Wissenschaftler geht das Risiko ein, selbst bei voller äußerer Absicherung durch eine Lebenszeitstelle, ebendiese Lebenszeit am Ende vertan zu haben. Das ist der Einsatz. Und die ideale Institution tut gut daran, genau diesen Einsatz zu provozieren. In der Realität herrscht

jedoch die Tendenz vor, das institutionelle Risiko durch projektorientierte Befristungen minimieren zu wollen – ein Fehler, was den erwartbaren genuin wissenschaftlichen Gewinn betrifft (ungeachtet mehr oder weniger reichhaltiger Projektergebnisse), ein Fehler aber auch hinsichtlich der anzustrebenden Risiko-Symmetrie. Diese würde verlangen, dass auch die Institution das volle Risiko trägt, indem sie Freiräume schafft. Mit Innovationen kann dann zwar nicht fest gerechnet (also das Etikett einer »Innovationspolitik« auch nicht dafür in Anspruch genommen) werden; es besteht aber immerhin die Chance auf Innovation.

Darüber hinaus ist die besagte Risikovermeidung in ebendem Maß politisch fragwürdig, in dem sie ausgerechnet von Seiten der Politik betrieben wird. Da es sich, so das Argument, um öffentliche Gelder handelt, aus denen die Forschung überwiegend finanziert wird (jedenfalls die kulturwissenschaftliche Forschung), sei ebendiese Forschung ebenjener Öffentlichkeit zur Rechenschaft verpflichtet. So weit, so einsichtig. Die Frage ist nur, welcher Art die Rechenschaft oder Legitimation sein kann und soll. Projektförderung hat den – oberflächlich gesehenen – Vorteil, Kosten und Erträge einigermaßen direkt aufeinander abilden zu können. Dahinter steckt aber ein falsches Legitimationsdenken. Es ist ein Wirtschaftsmodell (und geht ja tatsächlich mit der Hoffnung einher, Forschungsförderung mehr und mehr an die Wirtschaft delegieren zu können), ein politisches Bekenntnis zur Wissenschaft ist es gerade nicht. Nur die politische Willensbildung kann aber klären, ob Teile der (wie reichlich oder spärlich auch immer vorhandenen) Staatshaushalte für Wissenschaft bereitgestellt werden oder nicht. Nur im und aus dem Prozess dieser Willensbildung ist Forschung zu legitimieren – und eben nicht unter dem Deckmantel der Effizienz, des (volkswirtschaftlichen) Ertrags von Wissenschaft: Diesen vorzuschieben, heißt schon, sich der *politischen* Verantwortung zu entziehen.



Prof. Dr. Bernhard Dotzler ist seit 2004 Professor für Medienwissenschaft an der Universität Regensburg. Er studierte Neuere deutsche Literaturgeschichte, Philosophie und Kulturwissenschaft in Freiburg/Br., Siegen und Berlin (HU). 1991/92 war er Referent in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Köln; 1992 -1995 Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Literaturwissenschaft der Fördergesellschaft *Wissenschaftliche Neuvorhaben*, Berlin. Von 1996 bis 2000 war er Wissenschaftlicher Assistent am Inst. für deutsche Sprache und Literatur der Universität zu Köln und von 2000 bis 2004 Forschungsdirektor für Literatur- und Wissenschaftsgeschichte am Zentrum für Literaturforschung, Berlin. Kontakt: bernhard.dotzler@sprachlit.uni-regensburg.de